

Intelligente Datennutzung für eine moderne Kommunalverwaltung

Ob Melderegister, Anmeldezahlen in Schulen und Kindertagesstätten oder Personalzahlen innerhalb der Verwaltung – deutsche Städte und Gemeinden verfügen über eine Unmenge an Daten. Diese werden jedoch allzu oft nicht zur Entscheidungsfindung genutzt und häufig gar nicht erst ausgewertet. Dabei könnten Kommunen von einem intelligenten Datenmanagement profitieren, um ihre vielfältigen Aufgaben effizienter und nutzerorientierter zu erfüllen. Das Start-up Polyteia und die Hertie School in Berlin haben hierzu Handlungsempfehlungen für Kommunen veröffentlicht.



**Gute Daten.
Gute Verwaltung.**

Chancen und Herausforderungen der Nutzung von Daten in Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die Studie „Gute Daten. Gute Verwaltung. Chancen und Herausforderungen bei der Nutzung von Daten in Städten, Gemeinden und Kreisen“ ist unter folgendem Link verfügbar: www.polyteia.de/Datenstudie

Die über 11.000 Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland verantworten vom Kindergarten bis zum Friedhof wichtige öffentliche Leistungen und stehen über ihre verschiedenen Ämter in engem Kontakt mit Bürgern und Unternehmen. Die Daten, die in der täglichen Verwaltungsarbeit generiert werden, bergen großes Potenzial für eine evidenzbasierte Entscheidungsfindung und vorausschauende Verwaltungssteuerung: Kitapersonal und Betreuungsbedarf könnten tagesaktuell abgeglichen, zukünftige Pensionierungen in der Verwaltung und sich daraus ergebende personelle Engpässe frühzeitig erkannt werden. Steigende Anforderungen an Verwaltungsdienstleistungen bei immer knapper werdenden Ressourcen machen ein strategisches Datenmanagement zum Kernthema der Zukunft. Das Problem: Die deutschen Kommunen stecken diesbezüglich noch in den Kinderschuhen. So werden laut einer im Jahr 2016 veröffentlichten Studie in fast allen Verwaltungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene anlassbezogene Datenanalysen mit einfacher Standardsoftware wie beispielsweise Excel vorgenommen. Jedoch nutzen insgesamt nur 17 Prozent fortgeschrittene Analysetools. Auf Kommunal- und Landesebene schrumpft dieser Anteil sogar auf nur rund 10 Prozent¹.

In der Studie „Gute Daten. Gute Verwaltung“ aus dem Jahr 2020 haben das GovTech-Start-up Polyteia und das Centre for Digital Governance der Hertie School fünf Handlungsempfehlungen für eine bessere Datennutzung in Kommunen erarbeitet. Die Empfehlungen setzen dabei an den Herausforderungen an, denen deutsche Kommunen im Umgang mit Daten gegenüberstehen – von Silodenken über Datenkompetenz bis hin zu Datensicherheit. Die Studienautoren kommen zu dem Ergebnis, dass die möglichen Lösungen auf verschiedenen Ebenen – strukturell, technisch und personell – ansetzen müssen. Für die Untersuchung wurden 19 Experten-Interviews mit kommunalen Entscheidern wie etwa Chief Digital Officers (CDO), Bürgermeistern oder Amtsleitern geführt.

Hindernisse überwinden, aber wie? 1. Abteilungsübergreifende Datenstrategien entwickeln

Ein großes Hindernis, das einer strategischen Datennutzung im Weg steht, stellt gemäß der Untersuchung das häufig beklagte Silodenken in der Verwaltung dar. Durch eine Vielzahl unterschiedlicher Abteilungen und Zuständigkeiten würden dieselben Daten teilweise mehrfach erhoben. Jedoch würden Daten, die nur in einem bestimmten Fachbereich gesammelt werden, nicht geteilt. Dabei wären diese häufig auch für andere Fachbereiche relevant. Mögliche Synergieeffekte

¹ Plazek, M.: Big Data: Große Chancen für den öffentlichen Sektor?, in: PublicGovernance Herbst 2016, S. 8



würden so ungenutzt verpuffen. Die Autoren der Studie schlagen hier abteilungsübergreifende Strategieprozesse mit klaren Zielen für die gesamte Verwaltung vor, bei denen Grenzen und Möglichkeiten der Datennutzung erörtert werden sollen.

2. Datenkompetenz der Mitarbeiter stärken

Auch bezüglich der Datenkompetenz der Mitarbeiter gibt es Nachholbedarf. Bereits im Jahr 2017 wies KPMG in einer Studie² darauf hin, dass nur ein Drittel der öffentlichen Einrichtungen der Meinung sei, ihre eigenen Mitarbeiter würden über die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, um die Organisation kontinuierlich mit Datenanalysen voranzutreiben. Dass die nun vorgelegte Studie von Polyteia und Hertie School erneut auf diesen Missstand hinweist, deutet darauf hin, dass sich seitdem nicht viel getan hat. Dabei sei die Qualifizierung des Verwaltungspersonals für eine zeitgemäße Datennutzung von entscheidender Bedeutung. Neue digitale Verwaltungsakademien für Aus- und Weiterbildung und eine stärkere Berücksichtigung digitaler Kompetenzen bei der Einstellung könnten hier Abhilfe schaffen.

3. Technische Interoperabilität herstellen

Bei der Umsetzung eines strategischen Datenmanagements stehen deutsche Kommunen auch vor technischen Hürden. Die Art der Datenerfassung sei stark heterogen, was einen schnellen und regelmäßigen Datenaustausch erheblich erschwere. Kurzum: Die Interoperabilität zwischen Fachverfahren, also die Möglichkeit der Zusammenführung von Daten, muss verbessert werden. Allerdings sei hinsichtlich der kommunalen IT-Landschaft eine Entwicklung in Richtung Standardisierung zu beobachten. Der Vorschlag besteht hier aus einem einheitlichen Standardrahmen für Datenstruktur und -speicherung, das Verwenden von Datenplattformen sowie die Schaffung von landesweiten Standards bei öffentlichen IT-Dienstleistern.

4. Netzwerk und Transfer zwischen Kommunen fördern

So unterschiedlich deutsche Städte und Gemeinden auch sein mögen: Sie stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen. Umso verblüffender ist es, dass ein interkommunaler Austausch zu datenspezifischen Themen so gut wie nicht stattfindet. Hier, so die Empfehlung der Studie, sollten dringend der Wissenstransfer und die Kooperation gefördert werden. Mögliche Instrumente seien zum einen die Weiterentwicklung von Austauschformaten und zum anderen regelmäßige Ver-

staltungen rund um das Thema Datennutzung. Bei Pilotprojekten sollte der Fokus letztendlich auf der Übertragbarkeit von Lösungen liegen, damit möglichst viele Beteiligte von den neuen Erkenntnissen profitieren.

5. Datenschutzkenntnisse der Verwaltungsmitarbeiter ausbauen

Einer optimierten Nutzung von Daten steht häufig die Sorge von Verwaltungsmitarbeitern entgegen, sich nicht datenschutzkonform zu verhalten. Eine Auseinandersetzung mit neuen Ansätzen und deren Evaluierung finden dann gar nicht statt. Anstatt Daten innerhalb des möglichen rechtlichen Rahmens zu verwenden, werden sie oftmals gänzlich nicht genutzt. Die Empfehlung lautet hier, den souveränen Umgang mit Datenschutz zu verbessern, indem Datenschutzbeauftragte den Verwaltungsmitarbeitern gezielt die rechtlichen Möglichkeiten aufzeigen und Datenschutz-Managementsysteme ausgebaut werden.

Bund, Länder und Kommunen sind gefragt

Die Handlungsempfehlungen könnten insbesondere auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden. Laut den Autoren liegt die Verantwortung für schnelles Handeln mithin bei den einzelnen Städten und Gemeinden, die lokale Bedingungen am besten einschätzen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Datenmanagements einleiten können. Allerdings führt der Weg hin zu einem einheitlichen Datenmanagement über Akteure aus allen Verwaltungsebenen. So wären etwa kommunale Spitzenverbände und die Länder in der Lage, den interkommunalen Austausch zu fördern, indem sie die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen. Darüber hinaus sollten Bund und Länder Rahmenbedingungen schaffen, um allen Städten und Kommunen den Weg zum intelligenten Datenmanagement zu ebnen. |

Nathalie Friz

² KPMG, Deutschland (2017) „Big Data, große Baustelle“